Kooperation zwischen Gesundheitsberufen stärken

Erschienen am 31.03.2017

CDU überrascht mit Gedanken zum Direktzugang

Die CDU ließ in dieser Woche auf ihrem Fraktionskongress zum Thema „Kooperation zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Gesundheitsberufen stärken“, keinen Zweifel daran, dass die bisherige Struktur aus Substitution und Delegation kein Zukunftsmodell ist.

Bundesgesundheitsminister Herrmann Gröhe stellte klar, dass es in einem Gesundheitssystem von morgen immer um Vernetzung und „die bestmögliche Mannschaftsleistung“ gehe. Daher griff er auch das Thema nach mehr Autonomie in den Heilmittelberufen auf und verdeutlichte, dass das deutsche Gesundheitswesen bisher, gerade im Kontext der demografischen Entwicklung und dem Anstieg multimorbider Patientengruppen, bei den Fragen nach Substitution und Delegation weit hinter den Möglichkeiten zurückgeblieben ist, die bereits möglich wären. In diesem Zusammenhang sagte der Jurist Gröhe mit Blick auf die Ärzteschaft: „Ein Anwalt, der Sorge davor hat, dass ein Rechtspfleger zu viel darf, ist vor allem eins: Kein guter Jurist.“

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Georg Nüßlein, ging noch einen Schritt weiter, indem er darstellte, dass perspektivisch sogar über einen Direktzugang nachgedacht werde und zitierte zu den Chancen des Direktzugangs aus internationalen Studien: Patienten, die sich selbst in physiotherapeutische Behandlung begeben, sind aktiver und zeigen mehr Eigeninitiative. Sie sind motivierter und engagierter, ihre Behandlung erfolgreich zum Abschluss zu bringen. Durch weniger Arztbesuche kommt es zu weniger Arbeitsausfall.

Diese und weitere Ergebnisse beschrieb er als bemerkenswerte Vorteile. Zwar stellte er dar, dass der Direktzugang wegen vieler ungeklärter Fragen u. a. zum Qualifikationsniveau von Physiotherapeuten, zur Ausbildungsreform, zur Wirtschaftlichkeit und zum Umgang mit Regressen in dieser Legislaturperiode nicht möglich war, zugleich zeigte er aber die Erfahrungen aus Australien und den Niederlanden auf, deren Bilanz zum Direktzugang, insbesondere im Hinblick auf die Patienten positiv sei. Sein Fazit war, dass die interprofessionelle Kooperation zwischen den Professionen gestärkt werden müsse, auch wenn die Zusammenarbeit auf Augenhöhe natürlich gut durchdacht werden muss, so Nüßlein.

Der IFK kämpft seit Jahren für mehr Autonomie in der Physiotherapie und konnte 2011 das bundesweit erste Modellvorhaben nach § 63 Abs. 3b SGB V initiieren, das dieses Ziel vorantreiben soll. In einer Studie überprüft der IFK zusammen mit der gesetzlichen Krankenkasse BIG direkt gesund (BIG), ob mehr Autonomie die Effektivität und Effizienz der Behandlung von Patienten in Deutschland steigern kann. Daher begrüßt der IFK die Aussagen auf dem Fraktionskongress ausdrücklich.

„Die CDU hat verstanden, dass ein modernes Gesundheitssystem nur mit mehr Autonomie für die Gesundheitsfachberufe einhergehen kann. Dass die Fraktionsspitzen nun unsere guten Argumente für den Direktzugang in der Physiotherapie aufgreift, freut uns natürlich sehr und zeigt, dass unser Anliegen in der Bundespolitik angekommen ist“, so IFK-Vorsitzende Ute Repschläger, die auf dem Fraktionskongress für den Spitzenverband der Heilmittelverbände einen Vortrag zum Thema „Was ist nötig, was ist möglich“ hielt. Der Direktzugang zum Physiotherapeuten ist aus Sicht des IFK jedoch sowohl für die Versorgungssicherheit, das Wohlergehen von Patienten als auch für den Geldbeutel von Kostenträgern und der gesamten Volkswirtschaft bereits jetzt dringend nötig. Für ein zukunftsorientiertes Gesundheitssystem müssen daher dringend wichtige und richtige Handlungsoptionen erarbeitet und umgesetzt werden.